

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND****Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes –  
Altersversorgung der Abgeordneten**

Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Dieses schließt die Altersversorgung ein.

Am 19. Juni 2025 hat die Bürgerschaft (Landtag) das Bremische Abgeordnetengesetz geändert und damit die Altersversorgung der Parlamentarier neu geregelt. Der Gesetzesentwurf wurde in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS DEUTSCHLAND sowie der Fraktion der FDP beschlossen.

Zukünftig erhalten Abgeordnete der 18. bis 21. Wahlperiode, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2026 besondere Funktionen ausüben, für die das Abgeordnetengesetz nach § 5 Absatz 2 die Zahlung von Funktionszulagen vorsieht, eine auf ihre höherwertige Tätigkeit bezogene Altersentschädigung.

Durch den im Gesetz neu eingefügten § 13 Absatz 2 Bremisches Abgeordnetengesetz kommt es allerdings zu einer Überversorgung von Funktionsträgern bei der Altersversorgung. Demnach erwerben die Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft sowie die Fraktionsvorsitzenden nach nur vier Jahren Amtstätigkeit ihrer herausgehobenen Funktion einen Anspruch auf Altersversorgung in Höhe von 1 273,04 Euro. Die Vizepräsidentinnen und die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden erwerben nach einer Legislaturperiode einen Altersversorgungsanspruch in Höhe von 891,69 Euro.

Auch vor dem Hintergrund, dass die Durchschnittsrente eines Arbeitnehmers in Deutschland nach 34 Versicherungsjahren derzeit etwa 1 623 Euro beträgt, ist die üppige Altersversorgung für Funktionsträger der Bremischen Bürgerschaft weder angemessen noch vertretbar. Darüber hinaus verstößt die Überversorgung von parlamentarischen Funktionsträgern auch gegen den formalisierten Gleichheitssatz beziehungsweise das allgemeine Gleichbehandlungsgebot, die bei der

Ausgestaltung und Bemessung der Abgeordnetenentschädigung sowie der Altersversorgung zu beachten sind. Mithin liegt ein Verstoß gegen die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vor. Daher ist es notwendig, dass das Gesetz noch vor seinem Inkrafttreten am 1. Januar 2026 geändert wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Bremisches Abgeordnetengesetz)**

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

**Artikel 1**

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Bremisches Abgeordnetengesetz)**

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Bremisches Abgeordnetengesetz) vom 16. Oktober 1978 (Brem.GBl. S. 209), in der ab dem 1. Januar 2026 durch Gesetz vom 24. Juni 2025 (Brem.GBl. S. 617), geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 2 Bremisches Abgeordnetengesetz wird gestrichen.

**Artikel 2**

**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Ende nach seiner Verkündung in Kraft.

Jan Timke, Piet Leidreiter und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND